

la version française ci-dessous

Grundlagenpapier SRG

November 2025

Die SRG – ein Service public für die ganze Schweiz

Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) ist ein privatrechtlicher Verein mit öffentlichem Auftrag. Sie stellt in allen vier Landessprachen ein vielfältiges und unabhängiges Medienangebot bereit, das Bildung, Kultur, Information, Sport und Unterhaltung umfasst. Grundlage dafür ist Artikel 93 der Bundesverfassung, der dem Bund die Kompetenz zur Gesetzgebung über Radio und Fernsehen überträgt und festhält, dass Radio und Fernsehen zur freien Meinungsbildung beitragen, die Vielfalt der Ansichten widerspiegeln und die Besonderheiten der verschiedenen Sprachregionen berücksichtigen müssen. Die Unabhängigkeit und Autonomie der SRG sind dabei verfassungsrechtlich garantiert. Finanziert wird die SRG grösstenteils über die Radio- und Fernsehgebühr, die alle Haushalte und grössere Unternehmen entrichten. Seit 2019 gilt eine geräteunabhängige Abgabe von derzeit 335 Franken pro Haushalt und Jahr, Unternehmen mit einem Umsatz unter 500'000 Franken sind befreit, für grössere Firmen gelten abgestufte Sätze. Neben der SRG erhalten auch 34 private Radio- und TV-Veranstalter einen Anteil an diesen Einnahmen. Um Haushalte und Wirtschaft zu entlasten, hat der Bundesrat 2024 beschlossen, die Abgabe bis 2029 schrittweise auf 300 Franken zu senken und die Umsatzgrenze für abgabepflichtige Unternehmen auf 1,2 Millionen Franken zu erhöhen – Einsparungen von rund 270 Millionen Franken, ohne den verfassungsmässigen Auftrag der SRG zu gefährden.

Die Volksinitiative «200 Franken sind genug» (Halbierungsinitiative)

Im Jahr 2023 wurde aus Kreisen der SVP und Jungfreisinnigen die Volksinitiative «200 Franken sind genug!» eingereicht. Sie verlangt:

- Senkung der Haushaltsabgabe von 335 auf 200 Franken pro Jahr,
- vollständige Befreiung der Unternehmen von der Abgabe,
- Finanzierung nur noch jener SRG-Programme, die einen «unerlässlichen Dienst für die Allgemeinheit» erbringen.

Die Initiative würde den Abgabenanteil der SRG massiv reduzieren (um rund 630 Millionen Franken). Dies hätte gravierende Folgen für das Programmangebot, insbesondere für die sprachliche und kulturelle Vielfalt. Zahlreiche Sendungen und Angebote – vor allem in den kleineren Sprachregionen – könnten nicht mehr finanziert werden. Die Stimmbevölkerung wird frühestens im März 2026 über die Initiative abstimmen.

Der Bundesrat hat am 19. Juni 2024 die Botschaft zur Halbierungsinitiative an das Parlament überwiesen (siehe Medienmitteilung Bundesrat vom 19. Juni 2024). Gleichzeitig hat der Bundesrat als Gegenmassnahme entschieden, die Medienabgabe für Haushalte bis 2029 etappenweise auf 300 Franken zu senken und weitere Unternehmen von der Medienabgabe zu befreien.

Diese Maßnahme wird Einsparungen von rund 270 Millionen Franken ermöglichen, ohne den verfassungsmässigen Auftrag der SRG zu gefährden.

Unsere Haltung

Wir lehnen die Halbierungsinitiative ab. Sie schwächt die SRG massiv und gefährdet damit den medialen Service public in allen 4 Landessprachen, der für unsere Demokratie unverzichtbar ist.

Unserer Gründe im Detail:

- **Garant für Meinungsvielfalt und Demokratie:** Eine starke SRG stellt sicher, dass Menschen in allen Regionen Zugang zu unabhängiger, qualitativ hochwertiger Information haben. Sie fördert die freie Meinungsbildung, stärkt die politische Bildung und sorgt dafür, dass alle Landesteile am öffentlichen Diskurs teilhaben. Ein Abbau des Angebots würde die demokratische Debatte verarmen lassen und private, oft aus dem Ausland gesteuerte Medienhäuser stärken.
- **Verbindung der Sprachregionen und kulturelle Identität:** Die SRG ist das einzige Medienhaus, das in allen vier Landessprachen ein gleichwertiges Angebot garantiert. Sie trägt damit zur Verständigung zwischen den Regionen bei und stärkt den Zusammenhalt unseres Landes. Gerade für die rätoromanische und italienische Schweiz wäre eine Halbierung der Mittel existenzbedrohend.
- **Bereits beschlossene Entlastung ist ausreichend:** Der Bundesrat hat mit der Senkung auf 300 Franken bis 2029 einen ausgewogenen Kompromiss beschlossen. Haushalte und Unternehmen werden spürbar entlastet, gleichzeitig bleibt der verfassungsmässige Auftrag der SRG finanzierbar. Eine weitergehende Reduktion wie von der Initiative gefordert würde diesen Auftrag untergraben und unverhältnismässige Einschnitte erzwingen.
- **Gleichstellungsperspektive:** Bürgerinnen und Bürger sind auf verlässliche, vielfältige und leicht zugängliche Information angewiesen – sei es für politische Teilhabe, Bildung oder Kultur. Die SRG bietet Programme, die gezielt diese Bedürfnisse abdecken und Minderheiten eine Stimme geben. Eine Schwächung der SRG würde besonders jene treffen, die weniger alternative Informationsquellen haben.

Fazit

Wir stehen für einen starken Service public, der unsere Demokratie stärkt, Sprachvielfalt sichert und Frauen wie Männern gleichermaßen zugutekommt. Die Halbierungsinitiative ist ein Risiko für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine Schwächung der Schweiz. Darum empfehlen wir ein **NEIN** zur Volksinitiative «200 Franken sind genug» und unterstützen die vom Bundesrat beschlossene, moderate Abgabensenkung als verantwortungsvolle Lösung.